

**Mitteilung**  
**der Landesregierung**

**Bericht über aktuelle europapolitische Themen**

Schreiben des Staatsministeriums vom 3. Juli 2014, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich

Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten



**Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**  
**über aktuelle europapolitische Themen**  
**aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums**

A.	Schwerpunktt Themen .....	3
I.	Wahlen zum Europäischen Parlament.....	3
1.	Aktionen des Staatsministeriums zur Steigerung der Wahlbeteiligung	3
2.	Europawahl am 25. Mai 2014.....	4
II.	EU-Strukturpolitik.....	7
III.	Erweiterung Albanien.....	9
IV.	Makrostrategien .....	10
1.	EU-Strategie für den Donaauraum .....	10
2.	EU-Strategie für den Alpenraum .....	12
V.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit .....	13
VI.	Entwicklungspolitik.....	13
1.	Messe Fair Handel n 2014, Fairtrade-Schools-Kampagne und Entwicklungspolitische Landeskongferenz .....	13
2.	Landespartnerschaft mit Burundi.....	15
3.	NRO-Fördermittelausschreibung.....	16
4.	Befassung der Europaministerkongferenz (EMK) und der Ministerpräsidentenkongferenz (MPK) .....	16
VII.	Internationales .....	18

1. Weitere Entwicklungen im Bereich der Schweizer Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung .....	18
2. Haltung und Initiativen der Landesregierung .....	22
3. Spanienreise MP Kretschmann, 26.-29. Mai.2014 .....	23
4. Reisen von Herrn Minister Friedrich in die Slowakei sowie nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina .....	25
VIII. Landesvertretung Brüssel .....	26

## **A. Schwerpunktthemen**

### **I. Wahlen zum Europäischen Parlament**

#### **1. Aktionen des Staatsministeriums zur Steigerung der Wahlbeteiligung**

Das Staatsministerium hat in verschiedenen Formaten im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit zur Europawahl die Bürgerinnen und Bürger informiert und für die Wahl sensibilisiert. Mit Flyern, Putztüchern für Smartphones, Ansteckbuttons, Plakaten und Swing Cards in Bussen wurde auf die Europawahl aufmerksam gemacht.

In Kooperation mit den Bäckerinnungen wurde auf den Bäckertüten ein Europa-Gewinnspiel durchgeführt. Die Hauptgewinner erhalten im Juli 2014 eine dreitägige Reise nach Brüssel.

Herzstück der Aktivitäten war eine Bustour vom 28. April bis zum 23. Mai 2014 in 25 Städten im Land. Sinn war, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort anzusprechen, Informationen zu erteilen und über Europafragen zu diskutieren. Neben umfangreichem Informationsmaterial konnten die Bürgerinnen und Bürger an einem Europa-Quiz teilnehmen und die Ausstellung der Europäischen Kommission zum „Europa der Bürger“ besuchen. Außerdem wurden das Siegervideo des vom Staatsministerium veranstalteten Wettbewerbs „Mach mit! Europa geht wählen.“ sowie drei Kurzfilme der Hochschule für Medien in Stuttgart gezeigt. Ferner gab es an zahlreichen Stationen die Gelegenheit, mit Minister Friedrich, mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes, mit Bundestagsabgeordneten, Landtagsabgeordneten, Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern über Europa ins Gespräch zu kommen.

Darüber hinaus gab es in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium Kino-Vorführungen für Schülerinnen und Schüler zum Europäischen Parlament mit anschließender Diskussion.

Höhepunkt und letzte Etappe der Europawahl-Bustour war der Europaaktionstag am 23. Mai 2014 unter Beteiligung des Kultusministeriums und weiterer Ressorts in Stuttgart. Hier konnten sich die Besucherinnen und Besucher in zahlreichen Pavillons auf dem Schlossplatz über europäische Themen informieren oder einem abwechslungsreichen Bühnenprogramm folgen. In einer Diskussionsrunde nahmen unter anderem Minister Friedrich, EU-Kommissar Oettinger und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Wieland Stellung zu verschiedenen Fragestellungen zu Europa.

## **2. Europawahl am 25. Mai 2014**

### **Wahlbeteiligung**

Die EU-weite Wahlbeteiligung blieb mit 43,09 Prozent nahezu unverändert (2009: 43,00 Prozent). Damit konnte zumindest der seit der ersten Wahl zum Europäischen Parlament (1979) anhaltende Trend einer sinkenden Wahlbeteiligung durchbrochen werden. Erfreulicherweise ist die Wahlbeteiligung in Deutschland um 4,9 Prozentpunkte gegenüber 2009 gestiegen (2014: 48,1 Prozent; 2009: 43,3 Prozent). In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung mit 52,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich zu 2009 nahezu stabil (2009: 52,00 Prozent). Auch wenn das Land damit im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut abgeschnitten hat, wird sich die Landesregierung auch künftig für eine weitere Steigerung der Wahlbeteiligung einsetzen.

### **Baden-württembergische Abgeordnete**

Baden-Württemberg stellt insgesamt 11 Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Von der CDU werden Rainer Wieland (Gerlingen), Daniel Caspary (Weingarten), Dr. Andreas Schwab (Villingen-Schwenningen),

Norbert Lins (Pfullendorf) und Dr. Ingeborg Gräßle (Heidenheim an der Brenz) entsandt. Von der SPD werden Evelyne Gebhardt (Schwäbisch Hall) und Peter Simon (Mannheim) ins Parlament einziehen, von den Grünen erstmals Maria Heubuch (Leutkirch im Allgäu) und von der FDP erneut Michael Theurer (Horb am Neckar). Die AfD ist neu im Europäischen Parlament vertreten. Aus Baden-Württemberg werden Bernd Kölmel (Ötigheim) sowie Prof. Dr. Joachim Starbatty (Tübingen) entsandt.

### **Deutschland**

Neben den bislang im Europäischen Parlament vertretenen deutschen Parteien (CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke) werden künftig für Deutschland auch die AfD, die Piraten, die Freien Wähler, die ÖDP, die NPD, die Tierschutzpartei, die Familienpartei und Die Partei vertreten sein. Bis auf die AfD konnten diese Parteien nur deshalb jeweils einen Sitz im Europäischen Parlament erringen, weil im Rahmen der diesjährigen Europawahl in Deutschland ohne Sperrklausel gewählt wurde.

Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht am 26. Februar 2014 die 3-Prozent-Klausel für die Wahlen zum Europäischen Parlament wegen Verletzung der Wahlrechts- und Chancengleichheit der politischen Parteien für verfassungswidrig erklärt (BVerfG, 2 BvE 2/13 vom 26. Februar 2014; vgl. Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums, Drs. 15/4990).

Aus Sicht des Landes kann das Europäische Parlament seiner gestiegenen Verantwortung – etwa in der Interaktion mit den weiteren Organen der EU – nur dann gerecht werden, wenn seine Handlungsfähigkeit gesichert und es in der Lage ist, mit einer starken politischen Stimme zu sprechen. Die Landesregierung spricht sich daher für die Einführung einer europaweiten Mindesthürde für die Wahlen zum EP aus. Mittelfristig sollte ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit transnationalen

Wahllisten angestrebt werden. Dann würde das Europäische Parlament europaweit von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern nach den gleichen Regeln gewählt.

### **Parteienlandschaft im Europaparlament**

Die Landesregierung wertet es als Erfolg, dass die Parteienlandschaft im Europaparlament insgesamt stabil geblieben ist. Dies obwohl die Europäische Union in den letzten 5 Jahren die schwerste Krise seit ihrem Bestehen durchlaufen hat. In vielen Mitgliedstaaten wurden und werden den Menschen erhebliche Opfer abverlangt.

Auch wenn (u.a.) infolge der Krise und deren Folgen alle etablierten Fraktionen Verluste hinnehmen mussten, so bleibt die legislative Mehrheit der im Grundsatz pro-europäischen Parteien voraussichtlich ungefährdet. Zur Erreichung der erforderlichen Mehrheit der Mitglieder (376 Sitze) zur Wahl des Kommissionspräsidenten oder auch im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens werden weiterhin alle etablierten Parteien zusammenarbeiten müssen.

Mit Sorge hat die Landesregierung allerdings das Erstarken des anti-europäischen und rechtsextremen Blockes zur Kenntnis genommen. In Frankreich wurde der Front National mit 25 Prozent der Stimmen stärkste Kraft. In Großbritannien hat die UKIP 28 Prozent der Stimmen erhalten, die dänische Volkspartei 27 Prozent. Gegebenenfalls könnten diese Kräfte eine eigene Fraktion bilden. Hierzu sind 25 Mitglieder aus mindestens 7 Mitgliedstaaten erforderlich. Vorläufig sind diese Bestrebungen glücklicherweise zumindest teilweise gescheitert.

Eine abschließende Bewertung der künftigen Parteienlandschaft wird indes erst nach der konstituierenden Sitzung des EP vom 1. – 3. Juli 2014 möglich sein.



### **Besetzung des Amtes des Kommissionspräsidenten**

Nach Art. 17 Abs. 7 des EU-Vertrags schlägt der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten vor und berücksichtigt dabei das Europawahlergebnis. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Erstmals hat das Europäische Parlament den im Lissabon-Vertrag hinzugekommenen Passus zur „Berücksichtigung des Europawahlergebnisses“ zum Anlass genommen, Spitzenkandidaten zu nominieren. Es bleibt nach der Vertragslage aber dabei, dass der Europäische Rat und das Europäische Parlament sich einigen müssen. Damit wird es für die Bürgerinnen und Bürger aber kaum mehr nachvollziehbar, dass sie mit ihrer Stimme nicht unbedingt über den nächsten Kommissionspräsidenten abstimmen, sondern die Mitgliedstaaten am Schluss anders entscheiden können. Aus Sicht der Landesregierung sollten hier die Rechte des Europäischen Parlaments noch weiter gestärkt werden.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat am 27. Juni 2014 den ehemaligen Premierminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker dem Europäischen Parlament als Präsident der EU-Kommission vorgeschlagen. Juncker war der Spitzenkandidat der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP). Das Europäische Parlament wird voraussichtlich am 16. Juli 2014 über die Personalie des Kommissionspräsidenten abstimmen.

## **II. EU-Strukturpolitik**

Die Partnerschaftsvereinbarung zwischen dem Bund und der EU-Kommission über die Nutzung der EU-Struktur- und Investitionsfonds für Wachstum und Beschäftigung bis 2020 wurde von der EU-Kommission am 22. Mai 2014 gebilligt. Der Bund hatte am 6. Juni 2014 seine offizielle Veranstaltung zum Abschluss der Partnerschaftsvereinbarung zwischen

Deutschland und der EU in Anwesenheit von Kommissar Hahn, Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt. Damit liegt der Rahmen für die Operationellen Programme (OP) der Länder für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und für die Ländlichen Entwicklungsprogramme fest.

### **Sachstand EFRE-OP**

Das Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz als EFRE-Verwaltungsbehörde hat das EFRE-OP Baden-Württemberg „Innovation und Energiewende 2014-2020“ im März 2014 offiziell bei der EU-Kommission eingereicht, als eines der ersten Länder. Nach der offiziellen Einreichung können sich nun alle Generaldirektionen zum OP äußern, also auch die Generaldirektionen der anderen Fonds (AGRI, EMPL) und sonstige betroffene (CLIMA, DIGIT, TRADE, ESTAT usw.); deren Äußerungen gehen in der Folge an die Länder. Mit einer Genehmigung ist erst im Herbst 2014 zu rechnen.

Das Land hat am 5. Mai 2014 in der Handwerkskammer Stuttgart seine Auftaktveranstaltung zum Programmstart des EFRE 2014-2020 in Anwesenheit der EU-Kommission und mit einer Video-Botschaft des Generaldirektors Dr. Deffaa (GD REGIO) durchgeführt. Dabei hat die EU-Kommission gelobt, dass sich das EFRE-Programm Baden-Württemberg - trotz erheblich vergrößertem Mittelvolumen - wirklich konzentriert und mit zwei Zielen vorbildlich auf die Forderungen der EU-Kommission eingelassen hat.

### **Sachstand ESF-OP**

Das Sozialministerium hat als ESF-Verwaltungsbehörde das ESF-OP Baden-Württemberg „Chancen fördern“ im April 2014 als erstes bundesdeutsches ESF-OP bei der EU-Kommission zur Genehmigung eingereicht. Mit

einer Genehmigung ist im Herbst 2014 zu rechnen. Das Sozialministerium organisiert eine Auftaktveranstaltung am 20. Oktober 2014 in Stuttgart.

### **III. Erweiterung: Kandidatenstatus Albanien**

Die EU-Kommission hatte dem Rat im Oktober 2013 erneut vorgeschlagen, Albanien den Kandidatenstatus als Vorstufe zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu verleihen. Die Staats- und Regierungschefs hatten im Dezember 2013 Albanien den Status für Juni 2014 in Aussicht gestellt und von der EU-Kommission einen Sonderbericht über die Beitrittsreife des Landes angefordert. In ihrem Bericht vom 4. Juni 2014 attestierte die EU-Kommission Albanien gewisse Fortschritte bei den vom Rat angemahnten Reformanstrengungen und erneuerte ihre Empfehlung, Albanien den Kandidatenstatus zu verleihen.

Die EU-Außenminister unterstützten am 24. Juni 2014 die Empfehlung der EU-Kommission, dem Land den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen. Die Minister forderten Albanien auf, sich weiter um Reformen in der öffentlichen Verwaltung und im Justizwesen zu bemühen sowie das organisierte Verbrechen und die Korruption zu bekämpfen und die Menschenrechte einzuhalten. Der Europäische Rat hat die Entscheidung am 27. Juni 2014 bestätigt. Mit der Verleihung des Kandidatenstatus ist noch nicht die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen verbunden. Mit dem Kandidatenstatus erhält Albanien aber das Recht, an bestimmten Ratssitzungen teilzunehmen und Fördermittel aus dem Gemeinschaftshaushalt in Anspruch zu nehmen.

Die Landesregierung vertritt die Haltung, dass grundsätzlich alle Westbalkanstaaten, die die Grundwerte der EU respektieren und die politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien erfüllen, eine EU-Perspektive haben. Baden-Württemberg hat innerhalb der EU-Donauraumstrategie gute Erfahrungen damit gemacht, wie Kandidatenstaaten bei der Heranführung an eine EU-Mitgliedschaft unterstützt werden können. Es kann Albanien daher

nur ermuntern, sich in der künftigen adriatisch-ionischen Makroraumstrategie zu engagieren.

#### **IV. Makrostrategien**

##### **1. EU-Strategie für den Donaauraum**

###### **Jahresforum der Donaauraumstrategie am 26./ 27. Juni 2014 in Wien**

Am 26./ 27. Juni 2014 fand in Wien das 3. Jahresforum der Donaauraumstrategie statt. Dort nahm auch eine große Delegation von ca. 80 baden-württembergischen Akteuren aus unterschiedlichsten Bereichen von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft teil.

Minister Friedrich kündigte an, dass das 4. Jahresforum der Donaauraumstrategie am 29./ 30. Oktober 2015 in Ulm stattfinden wird. Inhaltlich ist geplant, stärker die menschlichen Faktoren hinter einer starken wirtschaftlichen Entwicklung in den Mittelpunkt zu rücken, also etwa Themenbereiche wie Unternehmertum oder die Berufsausbildung, aber auch die Einbeziehung der Bürger und der Zivilgesellschaft. Auch die weitere Ausgestaltung der Strategie und ihrer Steuerungsinstrumente wird im kommenden Jahr, in dem Baden-Württemberg durch die Ausrichtung des Jahresforums eine Schlüsselrolle spielen wird, von zentraler Bedeutung sein.

Parallel zum Jahresforum fand eine Sitzung der Außenminister der Donauländer statt, an der auch Minister Friedrich teilnahm. Ein Schwerpunkt war auch hier die Steuerung der Strategie („Governance“). Seit dem letzten Jahresforum in Bukarest im November 2013 gab es eine ganze Reihe von Konsultationen und Gesprächsrunden, u.a. darüber wie beispielsweise künftig innerhalb der Strategie auf politischer Ebene Entscheidungen vorbereitet werden können, etwa auch in Reaktion auf aktuelle Krisen wie jüngst die verheerenden Überschwemmungen in

Bosnien und Serbien. Auch die Rolle der Nationalen Kontaktpunkte soll stärker formalisiert und die der Prioritätsbereiche besser unterstützt werden.

### **Projektierungsworkshop zur Vorbereitung auf das INTERREG B Donauraumprogramm**

Am 22. Mai 2014 haben das Staatsministerium und das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gemeinsam einen Workshop für Projektentwickler im Donauraum durchgeführt, an dem rund 50 ausgewählte Vertreter aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Kommunen, Kammern, Wirtschaftsförderung und Nicht-Regierungsorganisationen teilnahmen. Zielsetzung war es, strategisch wichtige Themen und Projektideen für den Donauraum zu identifizieren und Ansätze für eine erfolgreiche INTERREG-Antragstellung zu entwickeln. Vorhandene Projektideen wurden in drei thematischen Workshops konkret diskutiert und im Hinblick auf eine mögliche INTERREG-Antragstellung weiterentwickelt. Dabei galt es auch, ähnliche Ansätze und Ideen zusammenzuführen, um konkurrierende Anträge aus Baden-Württemberg zu vermeiden und Unterstützungsangebote bei der Begleitung der konkreten Antragstellung aufzuzeigen. Daneben wurden Wege für Donau-Projekte aufgezeigt, die unter INTERREG voraussichtlich nicht oder nur schwer förderfähig sind. Die wichtigsten Fragen und Antworten des Projektierungsworkshops wurden zusammengefasst und an alle Teilnehmer verschickt.

Der Workshop hatte ferner das Ziel, Hinweise für die noch nicht abgeschlossene Programmierung zu sammeln, um diese in den weiteren Prozess einzuspeisen.

### **Kooperationen im Bereich der beruflichen Bildung**

Baden-Württemberg und die Slowakei werden unter dem Dach der Donauraumstrategie bei der Förderung der beruflichen Bildung und der Einführung von Elementen der dualen Ausbildung künftig enger zu-

sammen arbeiten. Dies wurde in einer Gemeinsamen Erklärung festgehalten, die Minister Friedrich und Dušan Čaplovič, Minister für Schulwesen, Wissenschaft, Forschung und Sport der slowakischen Republik, anlässlich eines Besuchs in Bratislava am 29./30. April 2014 unterzeichneten.

Die Stärkung der beruflichen Qualifikation ist einer der Schwerpunkte der Landesregierung in ihrem Engagement für den Donaauraum. So wird in diesem Themenfeld beispielsweise auch mit Rumänien eng kooperiert. Hochrangige Regierungsvertreter aus der Slowakei, Rumänien und Kroatien nahmen auch auf einer Veranstaltung zum dualen Bildungswesen im Donaauraum auf der diesjährigen Didacta am 27./28. März 2014 teil, die von Minister Friedrich eröffnet wurde.

## **2. EU-Strategie für den Alpenraum**

Auf Basis der Arbeiten der Steuerungsgruppe für die Entwicklung der EU-Alpenraumstrategie hat die Europäische Kommission Anfang Juni 2014 einen Entwurf für ein Konsultationsdokument vorgelegt. Dieses wurde bei einer Sitzung der Steuerungsgruppe am 12./13. Juni 2014 in Chambéry (Rhône-Alpes) beraten und wird nun von der Europäischen Kommission überarbeitet.

In dem Dokument werden die Beweggründe für eine EU-Alpenraumstrategie, deren Zielsetzung, die von der Steuerungsgruppe vorgeschlagenen Themenfelder Wirtschaft, Verkehr und Umwelt sowie Überlegungen zur Umsetzung überblicksartig dargestellt und interessierte Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen aufgefordert, sich dazu zu äußern. Die Konsultation soll von Mitte Juli bis Mitte Oktober erfolgen.

## **V. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Im Rahmen des zwischen Baden-Württemberg und der Région Alsace unterzeichneten Abkommens zur grenzüberschreitenden Berufsausbildung werden die Bemühungen zur Umsetzung des Abkommens intensiviert. Dabei wird Ministerpräsident Kretschmann anlässlich seines offiziellen Besuchs in der Région Alsace am 4. Juli 2014 gemeinsam mit dem Regionalratspräsidenten Philippe Richert eine politische Absichtserklärung unterzeichnen. Darin werden beide Seiten bekräftigen, dass die Umsetzung des Abkommens hohe Priorität genießt und dass dazu ein gemeinsames INTERREG-Projekt initiiert wird, das die Umsetzung des Abkommens mit Öffentlichkeits- und Unterstützungsmaßnahmen flankieren soll.

## **VI. Entwicklungspolitik**

Auch im Berichtszeitraum waren die Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg und die sie konkretisierenden Handlungsvorschläge für die Aktivitäten des Staatsministeriums richtungsweisend; sie wurden in folgenden Punkten konkret umgesetzt:

### **1. Messe Fair Handeln 2014, Fairtrade-Schools-Kampagne und Entwicklungspolitische Landeskonzferenz**

#### **Messe Fair Handeln 2014**

Mit 155 Ausstellern aus elf Ländern war die vom 10. bis 13. April 2014 auf der Messe Stuttgart stattfindende Fair Handeln nahezu ausgebucht. Unterstützt vom Staatsministerium versammelten sich auf dem Weltmarktplatz zum zweiten Mal die entwicklungspolitischen Akteure des Landes und Bundes, darunter erstmals die Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie, die deutschen Länder und der Dachverband Entwicklungspolitik Baden Württemberg (DEAB) mit dem vom Land geförderten Eine-Welt-Promotorenprogramm. Als Stimme des Südens waren eine Händlerdelegation des afrikanischen Fair Handels Netzwerk

WFTO - Afrika und das Hope Theatre Nairobi auf der Messe präsent. Ein attraktives Rahmenprogramm richtete sich an Schulen, Kommunen, Fachpublikum und Besucher. Highlights waren unter anderem die Auftritte von Prof. Margot Käßmann und den Landesbischöfen Dr. Gebhard Fürst und Dr. h.c. Frank Otfried July.

### **Start der Fairtrade-Schools-Kampagne**

Im Rahmen des Schultags der Fair Handeln startete Kultusminister Andreas Stoch am 11. April 2014 die Fairtrade-Schools-Kampagne in Baden-Württemberg. Das Projekt von Fairtrade Deutschland wird in Baden-Württemberg vom Kultusministerium, Staatsministerium und der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) gefördert. Unterstützung erhält das Projekt durch weitere entwicklungspolitische Akteure (DEAB, Entwicklungspädagogisches Informationszentrum Reutlingen, Eine-Welt-Promotorenprogramm). Angelehnt an die bekannte Fairtrade-Towns-Kampagne werden Schulen nach der Erfüllung bestimmter Kriterien als Fairtrade-School ausgezeichnet und finden so einen leichten Zugang zum Fairen Handel und anderen entwicklungspolitischen Themen.

### **Entwicklungspolitische Landeskonferenz**

In Fortsetzung des 2012 gestarteten Entwicklungspolitischen Dialogs der Landesregierung „Welt:Bürger gefragt!“ fand am 12. April 2014 auf der Fair Handeln die zweite Entwicklungspolitische Landeskonferenz statt. Nach einem kontroversen Vortrag der Chefredakteurin von Africa positive, Veye Tatah, zur Rolle der westlichen Industrienationen in Afrika diskutierten Minister Friedrich, die Landesbischöfe Dr. Fürst und Dr. h.c. July, Frau Tatah sowie der stellvertretende Generaldirektor von EuropeAid Klaus Rudischhauser über die Themen Entwicklungspolitik, Menschenrechte, Flucht und Vertreibung. In Workshops setzten sich anschließend die 350 Besucherinnen und Besucher der Konferenz mit den verschiedenen Handlungsfeldern der baden-württembergischen Entwicklungspolitik auseinander und erarbeiteten neue Handlungsvor-



schläge zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg.

## **2. Landespartnerschaft mit Burundi**

### **Arbeitstreffen der Burundi-Akteurskonferenz**

Im Nachgang zum ersten Burundi-Akteurstreffen am 19. Februar 2014 tagten im Berichtszeitraum einige der auf dem Akteurstreffen gegründeten Arbeitsgruppen und erstellten Impulspapiere.

### **Burundische Delegation in Baden-Württemberg/Unterzeichnung Partnerschaftsabkommen**

Am 15. und 16. Mai 2014 besuchte eine Delegation um den Minister für Auswärtige Beziehungen und internationale Zusammenarbeit der Republik Burundi, Laurent Kavakure, Baden-Württemberg. Höhepunkt des Besuchs war die Unterzeichnung einer förmlichen Partnerschaftsvereinbarung durch Herrn Ministerpräsident Kretschmann und den burundischen Außenminister am 16. Mai 2014. Mit der Vereinbarung sollen die erstmals im Oktober 1985 durch den Präsidenten des Landtags von Baden-Württemberg begründeten freundschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und der Republik Burundi auf eine neue und breitere Basis gestellt werden.

### **Delegationsreise nach Burundi**

Vom 26. bis 31. Mai 2014 reiste Minister Friedrich mit einer 13-köpfigen Delegation aus Politik, Kirchen, Wirtschaft, Kultur und Zivilgesellschaft nach Burundi. Neben politischen Gesprächen mit Regierung und Opposition standen insbesondere auch Treffen mit der burundischen Zivilgesellschaft und der Besuch verschiedener Projekte auf dem Programm. Zur Belebung und Verstärkung der partnerschaftlichen Beziehungen mit Burundi konnten im Rahmen der Reise einige konkrete Projektvorhaben erarbeitet werden.

### **3. NRO-Fördermittelausschreibung**

Zur Förderung von entwicklungspolitischen Projekten im In- und Ausland stellt das Staatsministerium im Jahr 2014 wieder 385.000 € zur Verfügung, die über die SEZ zur Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagement an Nichtregierungsorganisationen, Kommunen, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen vergeben werden.

#### **Förderung von entwicklungspolitischer Inlandsarbeit**

Die Förderung von Inlandsprojekten wurde vom 17. März bis zum 16. Mai 2014 ausgeschrieben. Am 23. Juni 2014 wählte ein unabhängiges Gutachtergremium entwicklungspolitischer Experten aus den 34 eingereichten Anträgen 9 Projekte zur Förderung mit bis zu 20.000 € pro Projekt aus, zudem setzte es 3 Projekte auf die Warteliste.

#### **Förderung von Projekten der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland**

Die Förderung von Auslandsprojekten wurde am 2. Juni 2014 ausgeschrieben. Die Einreichungsfrist für Projektanträge endet am 1. August 2014. Im Oktober 2014 wird ein unabhängiges Gutachtergremium über die eingereichten Anträge entscheiden. Die SEZ informiert und berät die Antragsteller über die Förderlinie.

### **4. Befassung der Europaministerkonferenz (EMK) und der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK)**

#### **EMK-Beschluss zum EU-Entwicklungsjahr 2015**

Die EMK befasste sich am 5. Mai 2014 erstmals mit dem Themenfeld Entwicklungspolitik. Der Beschluss zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 fordert zum Zusammendenken europapolitischer mit entwicklungspolitischer Kommunikation und zum Erkennen der Notwendigkeit einer Politik-Kohärenz in Bezug auf Ziele und Glaubwürdigkeit auf. Konkret wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) adressiert: „Die Mitglieder der EMK bitten das BMZ, im Jahr 2015 in Abstimmung mit den Ländern de-

zentrale Bürgerforen zu den Themen des EU-Entwicklungsjahres durchzuführen.“

### **MPK-Beschluss zum Beitrag der Länder zur Entwicklungspolitik**

Auf Initiative des Staatsministeriums befasste sich die MPK am 12. Juni 2014 mit dem Thema Entwicklungspolitik und fasste einen Beschluss zum „Beitrag der deutschen Länder zur Fortführung der Millenniums-Agenda für eine nachhaltige globale Entwicklung“. Vorbereitet im Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit hat der Beschluss die Post-2015-Agenda der Vereinten Nationen zum Thema. In dieser Agenda werden die 2015 auslaufenden Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals (MDGs)) und die Diskussion über ihre Weiterentwicklung sowie die derzeit laufenden Arbeiten zu den in Rio im Juni 2012 beschlossenen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals (SDGs)) zusammengeführt. Mit dieser Zusammenführung ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer tiefgreifenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Norden wie im Süden verbunden, um in gemeinsamer Verantwortung die Welt zukunftsfähig und gerecht zu gestalten. Ziel des MPK-Beschlusses ist es, die entwicklungspolitische Verantwortung der deutschen Länder zu bekräftigen, Perspektiven für ein Engagement der deutschen Länder in diesem global konzertierten Prozess aufzuzeigen und den anderen entwicklungspolitischen Akteuren in Deutschland und der Welt rechtzeitig transparent zu machen.

Inhaltlich entspricht der Beschluss den entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg. Er setzt den Auftrag des Ministerrats vom 5. Februar 2012 an das Staatsministerium um, das Thema Entwicklungspolitik im Bereich des Bundes auf die Agenda zu bringen.

## VII. Internationales

### 1. Weitere Entwicklungen im Bereich der Schweizer Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung

Die Schweizer haben am 09.02.2014 mit einer knappen Mehrheit für eine Volksinitiative gestimmt, die mit den Verpflichtungen der Schweiz aus dem Freizügigkeitsabkommen EU – CH (FZA) nicht vereinbar ist. Sie sieht eine Begrenzung der Zahl der Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente vor, die auf die gesamtwirtschaftlichen Interessen der Schweiz unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizer auszurichten sind. Grenzgänger sind einzubeziehen. Vorgaben, wie hoch Höchstzahlen und Kontingente sein sollen, gibt es aber nicht.

Die Schweiz hat es nach der Annahme der Volksinitiative abgelehnt, das bereits ausgehandelte Protokoll über die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zu unterzeichnen. Daraufhin hatte die EU-Kommission die Verhandlungen über die Schweizer Beteiligung am Forschungsförderprogramm «Horizont 2020» und am Bildungsförderprogramm «Erasmus+» ausgesetzt. Auch der Beschluss über das EU-Mandat für Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen EU – CH wurde blockiert.

Um wieder Bewegung in die Verhandlungen zu bringen hat der Schweizer Bundesrat dann entschieden, ohne Unterzeichnung des Protokolls die Personenfreizügigkeit einseitig auf Kroatien anzuwenden und zugesagte Geldbeträge zu zahlen. Das ist keine völkerrechtlich verbindliche, aber eine unilaterale Übergangslösung, die die Schlechterstellung Kroatiens beendet.

Daraufhin hat der Ministerrat in Brüssel das EU-Mandat für das institutionelle Rahmenabkommen beschlossen. Für die Beteili-

gung der Schweiz an Horizont 2020 und Erasmus+ gibt es noch keine Lösung. Für 2014 haben National- und Ständerat inzwischen eine Übergangslösung gebilligt, nach der Forscher und Studierende finanzielle Unterstützung aus Bern erhalten, um den Wegfall der EU-Mittel zu kompensieren. Ziel der Schweiz bleibt die vollständige Assoziierung an Horizont 2020 und Erasmus+.

Die Schweiz hat beim 14. Treffen des gemischten Ausschusses zum FZA am 12. Juni 2014 angekündigt, dass sie ein Begehren um Anpassung des FZA stellen wird.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EPPD) hat am 20. Juni 2014 ein Umsetzungskonzept für die Volksinitiative vorgelegt.

Zunächst wird darin festgehalten, dass die erworbenen Rechte der EU-Bürger, die bereits in der Schweiz leben oder arbeiten, nach Art. 23 FZA bestehen bleiben, selbst wenn das FZA gekündigt würde (Bestandsschutz).

Das Konzept sieht für die Zukunft folgendes Zulassungsmodell vor:

Wie bisher soll es ein duales Zulassungsmodell für Ausländer geben. Es gibt unterschiedliche Regelungen für EU-/EFTA-Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige. Aus Drittstaaten werden nur Spezialisten zugelassen, aus der EU/EFTA Personen unabhängig von der beruflichen Qualifikation.

Der Bundesrat legt Höchstzahlen und Kontingente fest und verteilt sie auf die Kantone, der Bund behält eine Reserve. Der Bund stützt sich dabei auf eine Bedarfsermittlung der Kantone sowie Indikatoren wie die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage und Bedarfszahlen eines beratenden Gremiums aus Vertretern der Migrations- und Arbeitsmarktbehörden.

Auch für Grenzgänger soll es Höchstzahlen und Kontingente geben. Die Kantone können zum Schutz des regionalen Arbeitsmarktes weitergehende Beschränkungen vorsehen. Verworfen wurde die Forderung nach einer täglichen statt wöchentlichen Rückkehr der Grenzgänger sowie der Wiedereinführung von Grenzzonen.

Es soll eine Kontingentierung für Kurzaufenthaltsbewilligungen von 4 Monaten bis 1 Jahr und für Aufenthaltsbewilligungen ab 1 Jahr geben, da befürchtet wird, dass bei Ausnahmen der Kurzaufenthaltsbewilligungen von der Kontingentierung kurzfristige prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen.

Auf eine Festlegung eines starren Reduktionsziels soll verzichtet werden.

Der Inländervorrang ist bei der Festlegung der Höchstzahlen und Kontingente zu berücksichtigen (Verfügbarkeit des einheimischen Potentials). Zudem soll es eine Prüfung des Inländervorrangs im Einzelfall bei allen Bewilligungsarten geben (Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- und Grenzgängerbewilligung), außer bei klaren Mangelberufen. Der Inländervorrang soll für Schweizer und Ausländer mit dauerhaftem Aufenthalt gelten. Geprüft werden soll die Variante, den Inländervorrang nur bei der Berechnung der Höchstzahlen zu berücksichtigen (keine Einzelfallprüfung).

Bei EU-/EFTA-Staatsangehörigen soll das Recht auf den erweiterten Familiennachzug erhalten bleiben (Ehegatten, minderjährige Kinder, Großeltern und Enkel). Man habe in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit dem sog. Saisonier-Statut gemacht, das einen befristeten Aufenthalt ohne Familiennachzug vorgesehen habe: Zerrissene Familien, illegale Aufenthalte, Integrationsprobleme.

Stellenantritte und Dienstleistungen bis zu 90 Tagen aus EU/EFTA-Staaten sollen weiterhin nur durch ein Meldeverfahren geregelt werden. Es soll keine Kontingente und keinen Inländer-vorrang geben. Die flankierenden Maßnahmen sollen in jedem Fall erhalten bleiben. Eine Verschärfung durch ein Vorab-Bewilligungsverfahren soll aber geprüft werden.

Höchstzahlen soll es auch für die selbstständige Erwerbstätigkeit geben; sie kann bewilligt werden, wenn es ein gesamtwirtschaftliches Interesse gibt sowie finanzielle und betriebliche Voraussetzungen gegeben sind.

Auf Höchstzahlen und Kontingente für Personen im Asylverfahren soll verzichtet werden, um völkerrechtliche Verpflichtungen einzuhalten.

Zusätzlich will der Bundesrat Begleitmaßnahmen zur Entfaltung und Förderung des inländischen Fachkräftepotentials vorsehen, u.a. durch die Fachkräfteinitiative in der Schweiz. Das EJPD weist darauf hin, dass die Zuwanderung unmittelbar mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft zusammenhängt und das Ausmaß der Zuwanderung zum großen Teil unabhängig vom gewählten Zulassungsmodell ist.

Der Bundesrat wird im weiteren Verfahren bis Ende 2014 einen Gesetzentwurf nach dem dargestellten Modell verabschieden. Er wird außerdem ein Verhandlungsmandat für Verhandlungen mit der EU über das FZA verabschieden.

Die EU-Kommission hat auf die Veröffentlichung des Umsetzungskonzepts mitgeteilt, dass sie das Konzept zur Kenntnis nehme und dass es die von der EU nach der Abstimmung geäußerten Bedenken bestätige. Vor allem die geforderten Kontingente und der Inländervorrang seien unvereinbar mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr.

## **2. Haltung und Initiativen der Landesregierung**

Die Schweiz ist für Baden-Württemberg ein wichtiger Partner. Vom intensiven grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr profitieren die Grenzregionen in Baden-Württemberg und in der Schweiz. In den Grenzregionen pendeln zahlreiche Grenzgänger in der Schweiz.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehört weiterhin zu den europapolitischen Schwerpunkten der Landesregierung. Sie wird die langjährige erfolgreiche Kooperation mit der Schweiz fortsetzen.

Als Nachbar der Schweiz profitiert das Land vom bilateralen Weg zwischen der EU und der Schweiz und hat ein Interesse am Erhalt und der Weiterentwicklung des FZA und der bilateralen Verträge.

Wichtig sind für Baden-Württemberg im Rahmen des FZA die Grenzgänger sowie die Dienstleistungsfreiheit innerhalb von 90 Tagen, die vor allem kleinere und mittlere Betriebe in der Grenzregion nutzen. Ein Problem sind hier nach wie vor die sog. flankierenden Maßnahmen zum FZA, die nach dem Umsetzungskonzept des Bundesrates beibehalten werden sollen.

Die Landesregierung setzt sich deshalb für einen Dialog mit der Schweiz ein, um Lösungen zu finden, die diese Interessen berücksichtigen. Sie vertritt dabei die Interessen der Grenzgänger und der Grenzregionen mit Nachdruck.

Die Landesregierung pflegt einen intensiven Kontakt zu Schweizer Regierungsvertretern. Herr Ministerpräsident Kretschmann hat am 16. Mai 2014 Vertreter der Regierungen aus sieben Grenzkantonen der Schweiz in Stuttgart zu einem intensiven Arbeitsgespräch empfangen. Empfangen wurde außerdem im Mai



eine Delegation aus vier Westschweizer Kantonen, um auch die Beziehungen zur Westschweiz auszubauen.

Herr Ministerpräsident Kretschmann reist Anfang Juli 2014 nach Basel und ins Elsass und wird dort auch zahlreiche politische Gespräche führen.

### **3. Spanienreise MP Kretschmann, 26.-29. Mai 2014**

Herr Ministerpräsident Kretschmann reiste mit einer 40-köpfigen Delegation vom 26.-29. Mai.2014 nach Spanien (Madrid und Barcelona). Mitreisende waren Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, so insbesondere Frau Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und Frau Integrationsministerin Bilkay Öney. Weiterhin begleiteten die Landtagsabgeordneten Rita Haller-Haid, Dr. Friedrich Bullinger und Josef Frey. Die Themenschwerpunkte der Reise waren „Fachkräfte, Berufliche Bildung, Jugendarbeitslosigkeit“ sowie „Zukunft der Automobilindustrie - Mobilität im Umbruch“.

Neben der Wahrnehmung von hochrangigen politischen Gesprächsterminen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene konnte Herr Ministerpräsident konkrete Vereinbarungen unterzeichnen.

So wurde mit Katalonien im Rahmen der langjährigen Kooperation bei den Vier Motoren für Europa eine Kooperationsvereinbarung zur Zusammenarbeit bei Ausbildungs- und Arbeitsmobilität sowie der Dualen Ausbildung unterschrieben. Die Fachkräfteallianz Baden-Württemberg unterstützt die Vereinbarung und wird sie maßgeblich umsetzen. Die Maßnahme geht auf eine Initiative des Landtags zurück.

Zum Ausbau der Kooperationen zwischen Schulen wurde ein Schulpartnerschaftsvertrag zwischen der Kaufmännischen Schu-

le Stuttgart, einer staatlichen Berufsschule, und der deutschen Auslandsberufsschule FEDA Madrid unterschrieben. Die FEDA ist ein staatlich anerkanntes deutsches Berufsbildungszentrum, das von deutschen, in Spanien ansässigen Unternehmen gegründet wurde. Ziel ist es, eine zweisprachige, bikulturelle kaufmännische Ausbildung gemäß dem deutschen dualen System anzubieten. Mit der Partnerschaft soll das duale deutsche Ausbildungssystem, das inzwischen auch in Spanien eingeführt wurde, etabliert werden. Bedürfnisse und Anforderungen sollen erlernt und Zusatzzertifikate erlangt werden. Der Austausch von Auszubildenden und Lehrern steht bei der neu geschlossenen Kooperation im Vordergrund.

Von den Maßnahmen sollen beide Seiten profitieren. Spanien hat einen Nutzen durch die Qualifizierung seiner Arbeitskräfte, womit sich insbesondere für Jugendliche bessere Perspektiven auf tun und durch den Ausbau praxisnaher, am dualen System orientierter Ausbildung. Baden-Württemberg wird durch die Gewinnung von Fachkräften und die Internationalisierung seiner Berufsausbildung gestärkt.

Da Sprache und Kultur wichtige Faktoren zur Erhöhung der Arbeitsmobilität sind, konnte Herr Ministerpräsident vor Ort verkünden, dass mit Unterstützung der baden-württembergischen Wirtschaft die Ansiedlung eines Cervantes-Instituts in Stuttgart geplant ist.

Die Reise beinhaltete auch die Teilnahme an den von der Deutschen Botschaft in Madrid ausgerichteten „Baden-Württemberg-Tagen“. Eine zentrale Veranstaltung beschäftigte sich mit der Automobilwirtschaft und der Mobilität der Zukunft.

Eine Veranstaltung der Deutschen Handelskammer für Spanien in Madrid beschäftigte sich mit dem Thema „Arbeitsmarkt und

Fachkräftebedarf - Chancen und Herausforderungen in Spanien und Baden-Württemberg“. Ein Besuch von Robert Bosch Spanien rundete die erfolgreiche Reise ab.

#### **4. Reisen von Herrn Minister Friedrich in die Slowakei sowie nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina**

Herr Minister Friedrich reiste mit einer Delegation im April 2014 in die Slowakei. Im Mittelpunkt standen politische Gespräche zum Ausbau der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung sowie im Rahmen der EU-Donauraumstrategie und zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor allem im Automobilsektor. Baden-Württemberg unterstützt die Slowakei bei der Einführung einer dualen Berufsausbildung und beim Aufbau eines Berufsbildungszentrums. Im Rahmen der Reise wurde eine gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit in diesem Bereich unterzeichnet.

Im Juni reiste Herr Minister Friedrich mit dem Rechts- und Verfassungsausschuss des Landkreistags nach Kroatien sowie nach Bosnien-Herzegowina. In Kroatien standen politische Gespräche zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit sowie zu konkreten Projekten der EU-Donauraumstrategie beispielsweise im Energiebereich im Vordergrund. In Bosnien-Herzegowina nahm Herr Minister am European Youth Summit in Sarajewo teil und führte politische Gespräche. Ziel war es dabei insbesondere, die Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina, das als Nicht-EU-Mitglied Teil der EU-Donauraumstrategie ist, auszubauen.

## VIII. Landesvertretung Brüssel

### Zweites Quartal 2014 – heiße Phase vor der Europawahl 2014

Im Zeitraum April/ Mai vor den Europawahlen am 25. Mai 2014 und in den Wochen unmittelbar danach informierten sich zahlreiche Besuchergruppen, insbesondere Entscheidungsträger aus der Kommunalpolitik und aus dem Verbandswesen über aktuelle Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Weiter fand am 8. April 2014 in der LV-Brüssel im Vorfeld die Informationsveranstaltung der Baden-Württemberg-Stiftung „Europa vor der Wahl“ mit Kandidaten für das Europäische Parlament 2014-2019 statt. Als Auftakt für einen neuen Veranstaltungszyklus mit Titel „Lunch debate“, den das ZEW Mannheim in Kooperation mit der LV-Brüssel entwickelte, war die erste dieser „Lunch debates“ am 12. Mai 2014 mit ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest dem Thema „Elections to the European Parliament – Economic challenges for Europe“ gewidmet; als zweite Veranstaltung in der Reihe fand am 30. Juni 2014 eine „Lunch debate“ zum Thema „The Architecture of an Adjustable and Stable Euro Area“ statt.

Als Beitrag zur Steigerung der Wahlbeteiligung bei den Europawahlen unterstützte die LV-Brüssel den SWR bei der Vorbereitung und Durchführung einer mehrtägigen Brüssel-Informationenfahrt, die im Rahmen eines EU-Hörfunk-Quiz ausgelobt wurde. Die zwei Gewinnerinnen und der Gewinner führten Anfang April 2014 auf Vermittlung der LV-Brüssel Gespräche u.a. mit EU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg (parteiübergreifend), EU-Kommissar Günther H. Oettinger und mit Minister Friedrich; die Beiträge wurden im Vorfeld der Wahlen über Fernsehen und Rundfunk gesendet und im Internet veröffentlicht.

Mit dem Informationsangebot im Vorfeld der Europawahlen ist die LV-Brüssel ihrem Auftrag als „Erste Anlaufstelle“ für Politikinteressierte aus Baden-Württemberg sowie als Informationsplattform für das Brüsseler Publikum nachgekommen.

**Thematische Schwerpunkte: Energie und Verkehr**

Im Bereich Energie – und insbesondere Energieeffizienz – sind v.a. zwei Veranstaltungen im Mai 2014 hervorzuheben: Am 16. Mai 2014 lud das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (IFEU) zusammen mit dem Buildings Performance Institute Europe (BPIE) zu einer Expertenkonferenz zu Energieeffizienz bei Gebäuden ein. Dabei diskutierten vor dem Hintergrund aktueller EU-Gesetzgebung rund 100 Experten aus ganz Europa in der LV-Brüssel Herausforderungen und Chancen in diesem Bereich. Am 22. Mai 2014 diskutierten rund 100 Experten auf Einladung der European Technology Plattform in der LV-Brüssel die Perspektiven von Heiz- und Kühlsystemen auf Basis von erneuerbaren Energiequellen.

Im Rahmen der ARGE-Donau-Präsidentschaft fand am 2. April 2014 in der LV-Brüssel die Konferenz „Multimodaler Verkehr im Donaauraum“ u.a. mit Minister Friedrich, der EU-Abgeordneten Silvia-Adriana Ticau und der EU-Koordinatorin für den TEN-V-Korridor Rhein-Donau, Karla Peijs, statt (TEN-V = Transeuropäisches Verkehrsnetz). Die wirtschaftliche Bedeutung der Donauländer für die Unternehmen aus Baden-Württemberg ist groß: Allein von 2010 bis 2011 wuchsen die Exporte Baden-Württembergs in den Donaauraum um 15,1 Prozent. In den vergangenen 20 Jahren haben sich diese Exporte nahezu vervierfacht – auf nunmehr ca. 16,7 Milliarden Euro im Jahre 2011. Damit übertrifft das Exportvolumen, das in den Donaauraum geht, zusammen genommen das Volumen der Exporte nach Frankreich, dem wichtigsten Handelspartner Baden-Württembergs. Die EU-Strategie für den Donaauraum sieht als Ziel im Prioritätsbereich 1a „Verbesserung der Mobilität und Intermodalität - Binnenwasserstraßen“ u.a. vor, den Frachtverkehr auf der Donau, aber auch Verkehrskorridore in der Donauregion allgemein auszubauen. Dabei sind die Multi- bzw. Intermodalität des Verkehrs sowie der Ausbau entsprechender Hafen- und Umlade-Infrastrukturen maßgebliche Standortfaktoren für die Ansiedlung von Unternehmen und somit für den Wohlstand bzw. das Entwicklungspotential einzelner Regionen entlang der Donau, aber auch des gesamten Donaaraumes.

Mit den Veranstaltungen konnte die LV-Brüssel ihr Profil als der Ort weiter schärfen, an dem wichtige Zukunftsfragen wie z.B. die Energiewende und die Bedeutung des europäischen Verkehrsnetzes für das Zusammenwachsen und die Wirtschaft Europas diskutiert und „gelebt“ werden.

### **Regionale Schwerpunkte: Alpenraum/ Donauraum/Schwarzes Meer**

Ein regionaler Schwerpunkt lag im 2. Quartal 2014 auf dem Beitrittskandidaten Serbien und – aus aktuellem Anlass – auf der Schwarzmeerregion, insbesondere der Ukraine.

Am 2. April 2014 fand im Rahmen eines „Antrittsbesuch“ des neuen Serbischen EU-Botschafters Dusko Lopandic ein Gespräch von Minister Friedrich mit der Führungsspitze der EU-Botschaft Serbiens in Brüssel statt. Die Kontakte zwischen Serbien (auf Botschafter-Ebene sowie zur Verhandlungsführerin Tanja Miscevic) wurden durch die Leitungsebene der LV-Brüssel durch regelmäßige Treffen weiter vertieft.

Die Initiative von Minister Friedrich zur engeren Abstimmung im westlichen Alpenraum wurde ebenfalls auf Leitungsebene der LV-Brüssel fortgeführt; ein regelmäßiger Austausch zwischen den Botschaftern der Schweiz in Brüssel und der Leitungsebene der LV-Brüssel unterstreicht und flankiert die Bemühungen des Landes für ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zur Schweiz – auch in Zeiten „abgekühlter“ Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz.

Am 9. Juni 2014 fand in der LV-Brüssel die 3. Verhandlungsrunde zwischen der Ukraine, der Russischen Föderation und der EU-Kommission im Gasstreit Ukraine-Russland statt. EU-Kommissar Günther H. Oettinger hatte sehr kurzfristig am Pfingstsonntag darum gebeten, die 3. Verhandlungsrunde in der LV-Brüssel am Pfingstmontag, 9. Juni 2014, durchführen zu können. Geprägt war das rund 10-stündige Treffen der Delegationen aus Russland (ca. 25 Personen mit Energieminister Alexander Nowak), der Ukraine (ca. 20 Personen mit Energieminister Juri

Prodan) und der EU-Kommission (6 Personen mit Kommissar Oettinger) v.a. durch „Beichtstuhl-Gespräche“, die Kommissar Oettinger mit den einzelnen Delegationen bis in den frühen Morgen führte. Obgleich Kommissar Oettinger von den „Sherpas“ eine gute Verhandlungsführung bzw. Mittlerrolle attestiert wurde, konnte an diesem Abend und auch in den folgenden Treffen keine Einigung erzielt werden.

Mit dem Engagement in Sachen Ukraine/Russland konnte sich Baden-Württemberg als wichtiger Akteur in Europa und die LV-Brüssel als Ort der Kommunikation bei den Delegationen präsentieren.

#### **Jubiläums- und Gedenkjahr 2014: Auftakt im 2. Quartal 2014**

Zusätzlich zu dem 10-jährigen Jubiläum „LV-Brüssel am Standort Rue Belliard“, fällt auch der 25. Jahrestag des Falls der „Berliner Mauer“ und der 100. Jahrestag „Beginn des Ersten Weltkrieges“ in das Jahr 2014.

Zum Thema „25 Jahre Mauerfall“ diskutierten im Rahmen der Veranstaltung „Zeitzeugen im Gespräch“ am Tag des Arbeiteraufstands in der ehemaligen DDR – dem 17. Juni – in der LV-Brüssel Polens EU-Botschafter Marek Prawda und der österreichische Journalist Ewald König, der in der Wendezeit zeitgleich in Bonn und Berlin (West und Ost) akkreditiert war und bis April 2014 Herausgeber und Chefredakteur von EurActiv.de war, sowie der aus Berlin stammende Brüsseler Korrespondent des FOCUS, Hans-Jürgen Moritz, persönliche Erlebnisse aus der Zeit des Mauerfalls und der Wiedervereinigung.

Im Rahmen der diesjährigen Buchwochen vom 14. Mai bis 5. Juni 2014 war ein Schwerpunkt „100 Jahre Erster Weltkrieg“. Abschluss der Buchwochen, die gemeinsam mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Sektion Baden-Württemberg) in der LV-Brüssel durchgeführt werden, war die Lesung des Historikers Prof. Dr. Jörn Leonhard von der Universität Freiburg aus seinem neuen Buch „Die Büchse der Pandora – Geschichte des Ersten Weltkriegs“ am 5. Juni 2014.

Die LV-Brüssel konnte als eine der ersten deutschen Landesvertretungen die beiden Themen Mauerfall und Erster Weltkrieg öffentlichkeitswirksam mit vielbeachteten Veranstaltungen besetzen. Sie hat damit v.a. mit Blick auf den Ersten Weltkrieg in Brüssel das baden-württembergische Geschichtsbewusstsein für die europäische Geschichte gezeigt.

### **Europakompetenz im Land wird in Brüssel gestärkt**

Für obere Führungskräfte der Landesverwaltungen aus Baden-Württemberg und Bayern findet alle zwei Jahre unter wechselnder Federführung das sogenannte „Hallstein-Seminar“ in Brüssel statt. Aktuell kamen unter baden-württembergischer Leitung über 50 Führungskräfte vom 2. bis 4. April 2014 nach Brüssel, um an dem Fortbildungsprogramm unter Einbindung der EU-Institutionen teilzunehmen.

Darüber hinaus fanden Fachgesprächsreisen des UM (31. März – 2. April 2014) sowie des MVI (8. – 10. April 2014) statt. Dabei kamen die Experten aus den Fachministerien mit der Fachebene aus Kommission, Verbänden und NGOs in Brüssel zusammen.

Sehr erfreulich ist auch die Entwicklung, dass mehrere kommunale Gruppen Informationsreisen machten, die einen Schwerpunkt in der LV-Brüssel hatten. So kam z.B. Landrat Stefan Dallinger mit dem Landratssamt Rhein-Neckar-Kreis, um dessen Strategieplanung mit europapolitischem Schwerpunkt unter Beteiligung mehrerer Fachreferentinnen und -Referenten der LV-Brüssel durchzuführen.

Auch der Städtetag führte fachliche Diskussionen v.a. zum Thema Fachkräftemangel unter europäischen Gesichtspunkten in der LV-Brüssel durch.

Die LV-Brüssel ist damit ihrer Aufgabe als „Coach“ für Akteure aus dem Land, die sich vor Ort informieren wollen, nachgekommen und konnte



dazu beitragen, die Europakompetenz in Baden-Württemberg zu steigern.